



Jürgen Mittelstraß

Was ist, ist vernünftig? – Zur Zukunft des deutschen Wissenschaftssystems

In: Nach der Exzellenzinitiative - Zukunft des Wissenschaftssystems : Streitgespräche in den Wissenschaftlichen Sitzungen der Versammlung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften am 29. November 2013 und am 27. Juni 2014. – Berlin: 2014, S. 99-105 (Debatte ; 13)

Persistent Identifier: [urn:nbn:de:kobv:b4-opus4-25811](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:b4-opus4-25811)

Die vorliegende Datei wird Ihnen von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften unter einer Creative Commons Attribution-NonCommercial-ShareAlike 3.0 Germany (cc by-nc-sa 3.0) Licence zur Verfügung gestellt.



Jürgen Mittelstraß

Was ist, ist vernünftig? – Zur Zukunft des deutschen Wissenschaftssystems

Wer keine Fragen mehr stellt, ist tot. Das gilt auch in der Wissenschaft. Also fragen wir, wenn es um die Zukunft des Wissenschaftssystems, unseres Wissenschaftssystems, geht: Wie vernünftig ist die Unterscheidung zwischen dem Universitären und dem Außeruniversitären, auf die Forschung bezogen und institutionell verstanden? Wie konsistent sind die außeruniversitären institutionellen Identitäten, in sich und gegenüber anderen Identitäten (Max-Planck, Helmholtz, Leibniz)? Gibt es eine Einheit des Außeruniversitären gegenüber dem Universitären, und wie könnte diese aussehen? Wie überzeugend ist angesichts von Doppel- und Dreifachforschung, wiederum institutionell gesehen, der vermeintlich erlösende Hinweis auf die Notwendigkeit von Redundanzen im eigenen System? Gibt es nicht auch ein europäisches Wissenschaftssystem? Und ein globales? Keine dieser Fragen ist wirklich beantwortet; sie werden in der Regel nicht einmal gestellt. Und die Antwort „es ist, wie es ist“ – bekannt als erstes rheinisches Grundgesetz – ist keine Antwort. Was wir angesichts der Stagnation in allem Grundsätzlichen brauchen, ist eine neue *Strukturidee*, und wenn sie auch nur dazu dienen sollte, die wissenschaftlichen Verhältnisse zum Tanzen zu bringen. Dazu einige kurze Bemerkungen, analysierender, empfehlender, jedenfalls kritischer Art.

Wer in Deutschland neue Ideen zur Zukunft des Wissenschaftssystems sucht, richtet seine Aufmerksamkeit zuvörderst auf den Wissenschaftsrat – und wird enttäuscht. Einschlägig sind hier neuerdings die im vergangenen Jahr veröffentlichten „Perspektiven des deutschen Wissenschaftssystems“. Hier sucht der Wissenschaftsrat die Frage zu beantworten, wie ein leistungsfähiges Wissenschaftssystem „in 10 bis 15 Jahren“ aussehen soll (ohne eine sehr kurz gefasste Perspektive, die diesen Namen eigentlich nicht verdient). Viel ist ihm dabei ohnehin nicht eingefallen. Es wird das hohe Lied der Hochschulen gesungen – als wäre deren derzeitige Struktur problemlos und gottgewollt –, wird eine ausreichende Finanzierung beschworen – natürlich nicht

in nachhaltiger, sondern in Paktmanier („Zukunftspakt“) –, wird das Wissenschaftssystem „in seiner jetzigen Form“, wie es ausdrücklich heißt, als selbstverständliche, jederzeit tragfähige Basis, wenn in Teilen auch ein wenig entwicklungsbedürftig, empfohlen. Allgemein werden Fortschritte in der tertiären Bildung (Stichworte: Betreuungsrelation, Durchlässigkeit, Personalentwicklung, Profilierung) und eine Stärkung der Hochschulen im Wissenschaftssystem (Stichworte: Grundfinanzierung, Flexibilisierung, Governance und immer wieder auch hier: Profilierung) angemahnt. Kein Wort zu möglichen Strukturalternativen. Es wird vielmehr nur aufgepackt: „Merian-Professuren“ und „Liebig-Zentren“ als zusätzliche Profilierungselemente – als gäbe es nicht schon genug Sonderprofessuren und mangelte es an Zentrumseinfällen. Den außeruniversitären Forschungseinrichtungen, hier der Leibniz- und der Helmholtz-Gemeinschaft, wird Konstanz auf eingeschlagenen Wegen empfohlen. Kooperationen in den gegebenen Strukturen sollen, so in Verbundform, verstärkt, die gegebene Forschungsinfrastruktur besser genutzt werden. Und auch hier immer wieder: die Paktrhetorik. Sind wir in einer Militärakademie oder bei den Pfadfindern? In jedem Falle: nichts Neues unter der wissenschaftspolitischen Sonne.

Hinter dem offenkundigen Strukturkonservativismus des deutschen Wissenschaftssystems stehen sich hartnäckig haltende bewahrungsstrategische Vorstellungen. Drei seien genannt.

Erstens: *Redundanz* und *Wettbewerb*. Zu den Argumenten, die von Systemvertretern häufig angeführt werden, um eine schwer verständliche Vielfalt fachlicher und disziplinärer Forschungseinrichtungen vergleichbaren Profils und vergleichbarer Aufgaben aus eigener interessierter Sicht zu rechtfertigen, gehört ein Pochen auf die Vorzüge von Redundanz und Wettbewerb. Redundanz, so heißt es dann, soll sicherstellen, dass zu jeder Zeit, auch über die nationalen Wissenschaftsteilsysteme hinweg, ausreichende Forschungsressourcen bereitstehen, um in der Forschungsentwicklung präsent zu sein; Wettbewerb im eigenen Hause, d. h. in nationalen Grenzen, gegebenenfalls auch nur über die Straße, soll der eigenen Leistungssteigerung dienen. Als gäbe es in der Wissenschaft keine intrinsischen Leistungsmotivationen – Wissenschaft als Lebensform oder meinetwegen auch als Beruf – und keine externen Wettbewerber, europäisch wie global gesehen. Und mit dem Redundanzpostulat verhält es sich ebenso. Reicht es nicht, wenn das, was man nicht oder

in nicht ausreichendem Maße hat, jenseits der eigenen Systemgrenzen und nationalen Grenzen, die auch die Grenzen des eigenen Systems und seiner Teilsysteme sind, zu finden ist? Wenn Wissenschaft in epistemischen Dingen keine Grenzen kennt, sollte das nicht auch von ihren Institutionalisierungen gelten? Sicher keine einfach zu beantwortende Frage, aber gestellt werden sollte sie wohl.

Zweitens: *Wachstum*. Der immer wieder laut werdende Ruf nach noch mehr Wissenschaft und noch mehr Wissenschaftlern ist vor dem Hintergrund des schon Gegebenen ebenso albern wie der Ruf nach immer mehr akademisch, und das heißt hier vor allem: immer mehr universitär Ausgebildeten – in Deutschland zu Lasten der höchst leistungsfähigen beruflichen Bildung. Wollen wir ein einzig Volk von Akademikern werden? Es kommt auch in der Wissenschaft nicht auf bloßes Ressourcenwachstum an (schon jetzt ist Wissenschaft auf eine beängstigende Weise unüberschaubar geworden und kann selbst der fleißigste Wissenschaftler nicht mehr alles lesen, was auch nur in seinem eigenen spezialisierten Fach geschrieben wird), sondern auf die Konzentration auf Leistungsspitzen (ich klopfe da auch an meine eigene disziplinäre Tür: Es gibt heute in den USA allein in der Eastern Division, einer von drei Sektionen, mehr als 3.000 Philosophen – im alten Athen hat eine Handvoll von ihnen mehr geleistet). Auch hier tun Augenmaß und Differenzierung Not, im Strukturellen wie im Qualitativen.

Schließlich drittens: der *Forschungsbegriff*. Aus dem Forscher, wie ihn die Tradition kannte – Forschung war immer die Forschung Einzelner –, ist heute *die* Forschung, eine Institution, geworden. Gleichzeitig wurde der Forschungsbegriff semantisch aufgeblasen. Alles ist heute Forschung: wenn Historiker in Archiven verschwinden, Philosophen Bleistifte spitzen, Chemiker ein Reagenzglas in die Hand nehmen, Soziologen Fragebögen entwerfen. Kein Wunder, wenn da auch halluzinierende Zukunftsdeuter („Zukunftsforscher“) oder Marketingkundige auf dem Siegel Forschung bestehen. Das Inflationäre spült das Besondere weg, auch, *horribile dictu*, in der Wissenschaft.

Noch ein besonderes Wort zur Universität, dem vielbeschworenen Kern unseres Wissenschaftssystems. Diese hat ihr erfolgreiches Paradigma, die Humboldt-Universität, verlassen und treibt seither ohne ein neues Paradigma dahin. Bologna ist hier kein neues Paradigma, sondern nur eine Ablenkung – eklek-

tisch zwischen unterschiedlichen Systemen wählend, forschungsfremd das Studium in eine neue Verschulung führend, bildungsallergisch, das Partikulare an die Stelle des Universalen setzend. Universitätsprobleme werden, wenn überhaupt, als Managementprobleme diskutiert und behandelt, Universitätsgesetze, in Deutschland absurderweise 16 an der Zahl und mit jeder Legislaturperiode neue, verkommen zur Spielwiese der Politik, statt mit auskömmlichen Haushalten wird mit Pakten regiert, an deren Ende die Universität stets als Verliererin dasteht. Das Rad der Ersatzinitiativen mit Verfallsdatum dreht sich aufs Neue. Und auch die Universität selbst tut sich mit einer vernünftigen Selbstbestimmung schwer. Sie streckt sich nach der politischen Decke, stimmt in den Managementchor ein, erträgt geduldig immer neue Evaluations- und Akkreditierungseinfälle und kopiert Fachhochschulstudiengänge (Beispiele: Tourismus- und Pflegestudiengänge). Wer von einer *Idee* der Universität spricht, einer alten oder neuen, gilt als weltfremd oder unverbesserlicher Idealist – als wäre das Idealistische eine Krankheit, die mit empirischer Demut ausgetrieben werden müsste.

Ein Wachstum über alle Maßen, ein bildungsferner Zeitgeist, eine unerwartete Renaissance des verwaltenden und des wirtschaftenden Verstandes werden der Universität zum Verhängnis. Unter den Schlagworten der Exzellenz, der Effizienz, der Innovation und des verschriebenen, in Rating und Ranking gefassten Wettbewerbs mutiert der universitäre Gedanke zum Spiegel einer Gesellschaft, die selbst nicht weiß, wie sie sich verstehen soll – der Überfluss an Soziologenangeboten wie denen einer postindustriellen, postmodernen, einer Wissens-, Informations-, Risiko-, Dienstleistungs- und Freizeitgesellschaft ist ein beredtes Beispiel dafür. Kein Wunder, dass der Universität bei all diesen Beglückungs- und Entglückungsangeboten selbst nichts mehr einfällt, jedenfalls nichts, das aus einer handfesten Identitätskrise herausführen könnte.

Was tun? Resignieren oder doch noch einmal die Frage nach einer neuen Strukturidee stellen und zu beantworten versuchen? Hier – das Gegebene im Blick und eine Idee vor Augen – der Versuch einer optimistischen Antwort in Stichworten. Die Zukunft:

1. *Universitäten* als Forschungs- und Lehrleistungszentren neuer Art, nämlich, verglichen mit heute, wesentlich kleineren Zuschnitts, konzentriert auf (1) eine nicht nur rhetorisch befolgte forschungsnahe Lehre, (2) die Pflege

der Fächer und Disziplinen in ihren auch in inter- oder transdisziplinärer Hinsicht relevanten Teilen und (3) die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses für alle Wissenschaftsteile. Als Modell könnte das Institute for Advanced Study/Princeton dienen, ein universitäres Zentrum besonderer Art, erweitert um ein Masterstudienprogramm der gewohnten Art. Die schleichend übernommene Aufgabe einer akademischen Ausbildung von 40 und mehr Prozent eines Altersjahrgangs macht eine Konzentration auf die genannten, eine Universität im Kern definierenden Aufgaben unmöglich. Kurzum: Vom Humboldt-Paradigma auch in der Universität zu einer anderen Art Harnack-Paradigma, das in diesem Falle auch unverzichtbare Humboldtteile, nämlich die forschungsnahe Lehre und ein Wissenschaftsbewusstsein auch auf Seiten der Studierenden, einschließt.

2. *Fachhochschulen* als Regelhochschulen – mit aus den Universitäten ausgelagerten, nicht unmittelbar forschungsorientierten Teilen. Viele dieser universitären Teile entsprechen schon jetzt eher dem Modell Fachhochschule als dem Modell Universität. Dazu müsste das Fachhochschulsystem erheblich ausgebaut werden, auch zu Lasten der Universitäten bzw. über die Übernahme universitärer Studienteile hinaus.
3. *Helmholtz-Zentren* als Entwicklungskerne europäischer Forschungszentren. Als Modell käme hier z. B. das European Molecular Biology Laboratory (EMBL) in Betracht, ein 1973 gegründetes, durch 20 europäische Mitgliedsstaaten sowie Australien finanziertes Institut der Grundlagenforschung in Heidelberg. Wo eine solche Umwandlung aus politischen Gründen nicht geht oder die ursprüngliche Aufgabe erschöpft ist, Schließung – die Zentren wurden als sterbliche gegründet – oder, verbunden mit einer Redimensionierung, Überführung in Universitäten neuen Zuschnitts oder in eine Max-Planck-Struktur. Das hätte bereits mit Jülich und Karlsruhe nach dem Ende des Kernforschungsprogramms geschehen sollen.
4. *Max-Planck-Institute*, getreu ihrer ursprünglichen Definition, als Schrittmacher an neuen Forschungsfronten, dabei, das Harnack-Prinzip wirklich beherzigend, kleiner – es müssen ja nicht fünf und mehr Direktoren bzw. Abteilungen sein –, flexibler, sterblicher als heute. In ihren derzeitigen Großformaten verwischt sich der strukturelle und systemische Unterschied gegenüber den Helmholtz-Zentren.
5. *Leibniz-Institute*: nach Auflösung einer im Wesentlichen imaginären institutionellen Einheit und partieller Eingliederung von Instituten der Normalforschung in Universitäten Überführung in einzelne objektbezogene

spezielle Forschungsverbünde (Beispiele: die fünf forschenden Museen und die fünf forschenden Pädagogik-Institute der Gemeinschaft). Als eigens ausgewiesenes Wissenschaftssystem fehlt der Leibniz-Gemeinschaft nicht nur eine institutionelle, sondern auch eine materiale Idee. Ihr Gründungsprozess macht das deutlich, ihre propagandistisch vorgetragene Idealisierung als Wissenschaftssystem eigenen Typs – institutionelle Pluralität als Einheit bzw. Identität besonderer Art (geht das überhaupt?) – ist ein eher durchsichtiges Manöver und kommt zu spät.

6. Auflösung der Einrichtungen der *Ressortforschung* („Forschung hinter geschlossenen Türen“), sofern diese nicht definierten nationalen (vielleicht auch anders definierten und zu begründenden) Erfordernissen dienen (Beispiel: Robert Koch-Institut, Paul Ehrlich-Institut).
7. *Fraunhofer-Institute* als paradigmatisches Erfolgsmodell unverändert. Hier greift auch der im politischen Diskurs so gern und so unpräzise verwendete Innovationsbegriff. Innovation ist, rechtverstanden, die technikorientierte Entwicklung und Anwendung von forschungsbezogenem Wissen unter gesellschaftlichen Zwecken. Genau das leistet die Fraunhofer-Gesellschaft mit ihren Instituten. Wo der Ausdruck „Innovation“ dagegen unterscheidungslos auf beliebige wissenschaftliche Ergebnisse wie andernorts auf die Umstellung von einer Dreierkette auf eine Viererkette im Fußball oder auf sich hebende oder senkende Rocksäume angewendet wird, wird er sinnlos.

Alle Punkte zusammengenommen könnten zu einer wirklichen Reform unseres Wissenschaftssystems führen, zu einer Reform, die mehr bedeuten würde als nur das Herumschieben altbekannter Systembausteine und Semantiken. Wahrscheinlich ist eine solche Entwicklung nicht. Sie würde, auch von den Systembetroffenen selbst, ein wesentliches Umdenken erfordern – und wer im Gewohnten kann und will das schon. Dabei ginge es nebenbei auch darum, die Definitionshoheit in Sachen Wissenschaft, längst an internationale Entwicklungen verloren, wenigstens zum Teil wieder zurückzugewinnen. Faktisch sind wir von Meistern – noch einmal eine kleine Erinnerung an Humboldt und Harnack – zu Kopisten geworden. Eine Rückgewinnung nicht im Sinne eines neuen Hochmuts, sondern eines tätigen, erfinderischen Realismus gegenüber den wirklichen Erfordernissen, systematisch wie strukturell gesehen. Wer meint, alles sei gut, wie es ist, sitzt einem falschen Hegel – „was ist, ist vernünftig“ – auf. Der richtige hat mehr von Vernunft gehalten, nicht nur in den Köpfen

der Philosophen, sondern auch in der Wirklichkeit, wenn sie sich im Flug der Eule so zeigt.

Wie dem auch sei. Die anfangs gestellten Fragen haben eine Antwort, bescheidenmaßen nicht unbedingt *die* Antwort, gefunden: Die Unterscheidung zwischen dem Universitären und dem Außeruniversitären löst sich mit der neuen Rolle der Universität auf. Zugleich ändern sich die außeruniversitären institutionellen Identitäten und deren vermeintliche Einheit. Redundanzwünsche erübrigen sich im Blick auf internationale Gegebenheiten. Dasselbe gilt von einer kleinkarierten Wettbewerbsideologie.

Begonnen wurde mit einem Hinweis auf den Wissenschaftsrat in der enttäuschten Hoffnung, dieser könnte mit seinen Empfehlungen zur Zukunft des deutschen Wissenschaftssystems so etwas wie Hegels Eule, in diesem Falle mit einem in die Zukunft gerichteten Flug, sein. Mit ihm sei auch – und das wäre zugleich die pessimistische Antwort auf die Strukturfrage – geendet. Der Wissenschaftsrat, wenn er über das Forschungs- und Wissenschaftssystem in Deutschland nachdenkt, hat längst seinen Frieden mit der bestehenden Ordnung gemacht. Dabei ist selbst die Idee des Kompromisses, hier mit dem wissenschaftlich Bestehenden und der Wissenschaftspolitik, missverstanden. Der Kompromiss ist nun schon der Weg, nicht erst die *ultima ratio*, wenn das Vernünftige nicht mehr geht. Bund und Länder sorgen dafür, dass hier nichts Unbequemes oder gar Revolutionäres, jedenfalls nichts das gegebene System Infragestellendes ins Auge gefasst oder empfohlen wird. Die Handschrift der Zukunft bleibt hier, wie auch sonst in den deutschen Wissenschaftsdebatten, unerkennbar.